

Wir glauben der SPD. und ihrer Presse, dem „Vorwärts“ an der Spitze, so wenig oder vielleicht noch weniger als die Mitglieder der KPD. Wir wissen, daß es eine Heuchelei ist, wenn die SPD. — die Partei der Noske, Ebert und Scheidemann — sich gegen die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland zu entrüsten versucht. Wir wissen, daß die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ keine Neuheit für die SPD. sind, denn Ebert und ihre Minister von 1921/22 sind die Schrittmacher dieser Politik. Wir wissen, auch, daß sie sie jetzt als Druckmittel auf die Regierungsparteien — hauptsächlich auf die Stresemann-Partei — ausnützte, um sie zu zwingen, mit ihr die Große Koalition zu bilden oder wenigstens die „stille“ Koalition fortzusetzen.

Die wichtigste Frage für das revolutionäre Proletariat jedoch ist: ist es wahr, daß die deutsche Bourgeoisie im Einverständnis mit der russischen Regierung sich von privatkapitalistischen Firmen eine Kriegsindustrie auf russischem Boden zum Zweck ihrer Bewaffnung bauen ließ?

Wir behaupten auf Grund von Dokumenten, die Eure Presse totschweigt, sowie auf Grund ihrer eigenen Zugeständnisse, daß die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch Rußland, wo ihre Kriegsindustrie ist, eine Tatsache ist. Dazu führen wir folgende Dokumente und Beweise an:

1. Geständnisse der deutschen Bourgeoisie.

Das „Berliner Tageblatt“, das Organ der Demokratischen Partei, deren Führer Rathenau gemeinsam mit Wirth die ersten Verträge zur Errichtung einer deutschen Kriegsindustrie auf russischem Boden mit den Bolschewiki geschlossen hat, schreibt in Nr. 575 vom 6. Dezember 1926 folgendes:

„Die Mitteilungen, die der „Manchester Guardian“ und nach ihm der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, sind zum großen Teil richtig, dürften aber doch erst durch nähere Erläuterung in ihrem wahren Sinne und Umfang verständlich werden und betreffen eine Periode, die, wie versichert wird, abgeschlossen ist. Es wird, zum Verständnis dieser Vorgänge, daran erinnert, daß im Jahre 1921 das Londoner Ultimatum kam, die deutsche Flugzeugfabrikation stillgelegt wurde und dann 1922 die ergebnislose Konferenz von Genua und der Rapallo-Vertrag folgten und schließlich die Ruhrpolitik Poincarés zum Einmarsch führte. Infolge der Erdrosselung, von welcher der deutsche Flugzeugbau betroffen wurde, richteten mehrere deutsche Firmen Fabriken im Auslande. So ging Fokker nach Holland, Dornier nach Pisa. Das konnte geschehen, weil es nicht dem Versailler Verträge widersprach, der nur die Ausfuhr von Kriegsmaterial, nicht die Auswanderung der deutschen Industrie verbietet.

Damals bemühten sich auch die Russen darum, solche kriegsindustriellen Anlagen zu erhalten, und verhandelten darüber, zur Zeit des Reichskabinetts Wirth-Rathenau, in Berlin. Die russischen Wünsche gingen, wie ja auch bei späterer Gelegenheit, auf ein Defensivbündnis, was man auf deutscher Seite schon deshalb nicht annehmen konnte, weil man nicht in der Lage war, eine Waffenhilfe zu leisten. Man rechnete aber mit der Möglichkeit eines polnischen Vorgehens, und in den damaligen Besprechungen dürfte wohl auch die Frage aufgeworfen worden sein, ob in einem solchen Falle Rußland bereit sein würde, einen militärischen Einfall der Polen in Deutschland zu verhindern. Das war die Situation, in der die Einrichtung von kriegsindustriellen Werken auf russischem Boden erörtert wurde und auch übrigens gegen den Rat Eberts, Abmachungen darüber in privatwirtschaftlichen Formen zustande kamen.

Es wurden von deutschen Ingenieuren drei Fabriken in Rußland eingerichtet: eine Fabrik der Junkerswerke, eine Granatenfabrik und eine Gasfabrik. Die Junkers-Werke kauften eine ältere Fabrikanlage und stellten sie für ihre Zwecke her, bauten aber nicht viele Flugzeuge, da ihnen das Metall fehlte und auch sonst unerquickliche Verhältnisse eintraten. Auch für die beiden anderen Fabriken wurden alte Gebäude übernommen, die Gasfabrik wurde eingerichtet, funktionierte aber nicht, die Granatenfabrik dagegen kam in Betrieb. Natürlich konnte die Existenz dieser Unternehmungen, die von ehemaligen deutschen Offizieren geleitet wurden, den Ententemächten nicht verborgen bleiben. Ein Einspruch konnte indessen nicht erhoben werden, da, wie gesagt, die Verlegung der Industrie in das Ausland nicht im Widerspruch zu den Versailler Vertragsbestimmungen stand.

Als ein Verstoß gegen den Vertrag könnte es zweifellos bezeichnet werden, wenn Deutschland aus diesen ausländischen Fabriken Munition und Waffen bezogen hat. Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß es ebenfalls eine Vertragsverletzung gewesen sei, wenn die Ententemächte die zivile Luftschiffahrt verboten und die Munitions Herstellung in Deutschland lahmlegten. Indem man nur ganz wenigen, und nicht den leistungsfähigsten Firmen die Herstellung von Munition gestattete und übertrug, verhinderte man, daß die Reichswehr mit dem vertragsmäßig festgesetzten Munitionsquantum beliefert werden konnte. Um dem Mangel abzuwehren, könnten Bestellungen bei der in Sowjetrußland errichteten Granatenfabrik gemacht worden sein. Es hätte dann, so wird erklärt, eine vertragswidrige Handlung von beiden Seiten vorgelegen und die deutsche Vertragsverletzung wäre nur die Folge derjenigen gewesen, die auf der Ententesseite vorangegangen war.

Von der industriellen Verbindung, die 1922 begann, haben anscheinend alle Reichskanzler, die Reichsaußenminister und die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes Kenntnis gehabt. Der erste Kanzler, dem sie unbekannt blieb, war Herr Marx, aber als er das Kanzleramt übernahm, hatte sich die Lage der Dinge bereits wesentlich verändert. Die Locarno-Politik übte ihren Einfluß aus. Seit dem Abschluß des Locarno-Vertrages.

so wird uns erklärt, sind in Sowjetrußland neue Bestellungen nicht gemacht worden, und das wurde auch deshalb ganz überflüssig, weil seit einem halben Jahre Deutschland Munition in genügender Menge herstellen darf.“

Aus dieser halbamtlichen (beachte: „so wird uns erklärt“) Erklärung des „Berliner Tageblatts“ anlässlich der Enthüllungen des „Manchester Guardian“ ist zu ersehen, daß Deutschland im Einververständnis mit der russischen Regierung einen Teil seiner Kriegsindustrie nach Rußland verlegte und daß es bis zum Abschluß des Locarno-Vertrags Granaten von dort bezogen hat.

Nach den Ausführungen Scheidemanns im Reichstag über die Beziehungen zwischen der Reichswehr und Rußland, die sich im großen ganzen mit den Enthüllungen des „Manchester Guardians“ und den Geständnissen des „Berliner Tageblatts“ decken, sprachen Wirth und Haas. Trotzdem es ihnen peinlich war, über ihre vergangene Politik zu sprechen, haben sie nicht nur alles leise zugestanden — sie schlugen sich auf die Brust und verlangten von den Deutschnationalen und Völkischen, daß sie wenigstens nachträglich vor ihrer hochvaterländischen Politik von 1921/22 den Hut abnehmen. U. a. sagte Wirth folgendes:

„Aber ein zweiter Gefahrenherd tat sich auf. Das war die Frage, wie sich Polen zu uns verhielt. Nicht nur von deutscher Seite, auch von anderer Seite durch diplomatische Gespräche konnten wir uns damals davon überzeugen, daß zur Westgefahr eine Gefahr aus Osten, aus Polen dem deutschen Lande erwachsen konnte.

In dieser Stunde der Entwicklung hat die damalige Reichsregierung — und ich persönlich hatte die Verantwortung in Händen — und hat auch der Herr Reichspräsident Ebert das getan, was zur Sicherung der Ostgrenze nötig war. . . . Von diesem Standpunkt aus getragen haben wir auch die Politik mit Rußland begonnen, und ich stand an der Wiege dieser Politik, in der ich mich einwußte mit großen Kreisen des deutschen Volkes, der Politik, daß wir mit Rußland nicht nur zum Frieden, nicht nur in dem Rapallovertrag dazu kommen sollten, einen Strich unter die blutige Rechnung zu machen. . . . Wir müssen deshalb in dieser Debatte streng scheiden zwischen der Frage der Sicherung der Ostgrenzen und dem, was törichterweise etwa sonst noch im Laufe der Jahre gemacht worden ist. . . . Aber nun muß man doch zugeben, daß Torheiten im einzelnen gemacht worden sind, die mit Recht den Spott des sozialistischen Kritikers (das heißt Scheidemann N. B.) gefunden haben.“ (Reichstagsprotokoll der Sitzung 252).

Dr. Haas von der Demokratischen Partei, also von der Partei Rathenaus, führte seinerseits folgendes aus:

Wir sind nicht dazu da, um, wenn ich so sagen darf, geschichtliche Vorlesungen hier anzuhören, sondern um Gegenwartspolitik und Zukunftspolitik zu machen.

Was uns nun bei dieser historischen Betrachtung in der Rede Scheidemanns so besonders gestört hat, war das: wenn man schon auf jene Jahre zurückgehen wollte, dann hätte frei und offen ausgesprochen werden müssen, daß für diese Dinge Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie gemeinsam die Verantwortung tragen.

Dann hätte ausgesprochen werden müssen, daß alles, was damals geschehen ist, gedeckt ist durch die Namen Ebert, Wirth und Rathenau.

Mit Stolz hat Wirth sich gestern zu seiner Reichswehrpolitik bekannt, und wir Demokraten sagen: wir tragen mit Stolz die Verantwortung, die damals Rathenau übernommen hat, und es wäre so gut gewesen, wenn die Sozialdemokratie in der Erinnerung an Ebert erklärt hätte: auch wir tragen mit Stolz die Verantwortung, die damals Ebert in schweren Stunden übernommen hat.

Weiter sagte Scheidemann, daß in jenen Zeiten unter Bruch des Versailler Vertrages uns die Herstellung des geringen Quantums der uns zugesagten Munition nicht bewilligt wurde. Wenn die anderen den Vertrag gebrochen haben, wenn man uns die zugesagte Munition in Deutschland nicht herstellen ließ, dann hatten wir das Recht, sie anderweitig zu beschaffen. Also auch darauf gibt Scheidemann zu, daß die Regierung damals korrekt, vernünftig und zweckmäßig gehandelt hat. (Reichstagsprotokoll, Sitzung 253)

Der völkische Graf Reventlow, der Mitarbeiter der „Roten Fahne“ von 1923, der sich stark aufregte über die „landesverräterischen“ Ausführungen Scheidemanns, mußte auch bestätigen, daß Deutschland von Rußland bewaffnet worden ist. In seiner Reichstagsrede sagte er:

„Vorausschicken möchte ich, daß die Sache mit den sogenannten Sowjetgranaten für die deutsche Reichswehr ein vollkommen **korrekter, selbstverständlicher** Vorgang ist.“ (Reichstagsprotokoll, Sitzung 253.)

Und in einem Artikel im „Deutschen Tageblatt“ vom 18. 12. 1926 schreibt derselbe Mitarbeiter der „Roten Fahne“:

„Wollte man ganz sachlich den jetzt so erregt besprochenen Umstand erörtern, daß in Rußland befindliche **Munitionsfabriken Munition geliefert haben**, um die Bestände der Reichswehr auf die vorschriftsmäßige Höhe aufzufüllen — so ergäbe sich tatsächlich nichts, was man nicht **als selbstverständlich** bezeichnen müßte.“

Soweit die Geständnisse der Vertreter des bürgerlichen und faschistischen Deutschlands, die die Väter der Politik seiner Bewaffnung durch Rußland sind. Sie lassen keinen Zweifel über die Wahrheit der Tatsache, daß Rußland die

deutsche Bourgeoisie, d. h. die Henker des Proletariats, bewaffnet hatte.

Wir wollen aber auch auf Grund von Zugeständnissen Eurer Presse sowie dieser der Bolschewiki beweisen, daß das wirklich so ist.

2. Die Geständnisse der KPD.- und bolschewistischen Presse.

Eure Presse kann die Existenz der schon erwähnten drei Kriegsfabriken in Rußland nicht leugnen. Sie gesteht das schon unzweideutig in der „R. F.“ vom 25. 12. 26. Sie behauptet nur: „Die ganze Produktion der Fabriken, die in Zusammenarbeit mit den deutschen Industriellen errichtet wurden, und von denen eben die Rede war, ist in der Sowjetunion geblieben.“ Um dieser Behauptung Kredit zu verschaffen, versucht Eure Presse, die deutschen Kriegsfabriken in Rußland als privatkapitalistische Konzessionen hinzustellen. Die „R. F.“ vom 25. 12. 26 schreibt: „Der Aufbau der sozialistischen (?) Wirtschaft in der Sowjetunion vollzieht sich unter Mitwirkung ausländischer Kapitalien, und zwar in der Form von Krediten und Gewährung von Konzessionen . . . Der Aufbau der Kriegsindustrie vollzieht sich im großen und ganzen nach denselben Prinzipien, wie der Aufbau der Industrie überhaupt.“

Dagegen müssen wir feststellen, daß ein grundlegender Unterschied zwischen den üblichen Konzessionsbetrieben und den schon erwähnten deutschen Kriegsfabriken besteht. Die Konzessionsbetriebe kommen auf Grund eines Vertrages zwischen der russischen Regierung und den privatkapitalistischen Firmen, die sich von ihren Profiten leiten lassen, zustande. **Wie steht es aber mit den drei deutschen Kriegsfabriken?**

Eure Presse gesteht, daß das Reich bisher 80 % der Aktien der Junkers-Werke besaß. (R.F.v.25.12.26.) Die Junkers-Denkschrift, die Euren Vertretern im Hauptausschuß des Reichstages seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr bekannt ist, und die selbst Euer Reichstagsabgeordneter Koenen in der Wiedergabe des „Manchester Guardian“ zitierte (siehe „R. F.“ vom 17. 12. 26), sagt folgendes über die Errichtung der Junkersfabriken in Rußland:

„Die Junkers-Werke zögerten, aber das deutsche Reichswehrministerium drängte sie, diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen. Die Angelegenheit sei politischer und militärischer Natur. Das war der Standpunkt des Ministeriums, und das Ministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Hilfsmitteln zu decken. Nur unter

ständigem Druck wiederholter Versicherung von seiten des Reichswehrministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkers-Werke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu. Im Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation, zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswehrministeriums, Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug 21 Millionen Goldmark. Das Ministerium bestand auf absoluter Vertraulichkeit. Die vier Delegierten reisten unter angenommenen Namen mit falschen Ausweispapieren.“

Ueber den Abschluß des Vertrages mit den Bolschewiki teilte Scheidemann, ohne von dem Reichswehrministerium oder der Regierung dementiert zu werden, folgende Einzelheiten mit:

„An den Verhandlungen mit der Firma Junkers am 15. März 1922 im Reichswehrministerium nahm u. a. der General Hasse teil (General Hasse ist der Vertreter der sogenannten „Sondergrube“ — eine besondere Abteilung des Reichswehrministeriums, die die Verträge mit Junkers abgeschlossen hatte). Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte mit falschen Namen, ebenso wie die Offiziere, die nach und von Rußland reisen, mit gefälschten Pässen ihre Reise machen.“ (Reichstagsprotokoll, 252. Sitzung.)

Euer Reichstagsabgeordneter Koenen bestätigte die Wahrheit der Scheidemann'schen Mitteilung, daß von 1923 an zur Verfügung der sogenannten „Sondergruppe“ jährlich 70 Millionen Mark gestanden haben (s. „R. F.“ v. 17. 12. 26). Derselbe Koenen sagte im Reichstag auch, die Junkers-Denkschrift enthalte die Drohung: „Wir werden geheime Staatsverträge bekannt machen!“ (Reichstagsprotokoll, 252. Sitzung.) Offensichtlich handelt es sich hier um geheime Verträge zwischen der deutschen und russischen Regierung.

Alle diese Einzelheiten zeigen, daß die Junkers-Werke an Rußland keine Konzession einer privatkapitalistischen Firma darstellt, sondern eine Verlegung der deutschen Flugzeugindustrie für militärische Zwecke nach Rußland auf Grund einer Verständigung zwischen den deutschen und russischen Regierung, festgelegt in geheime Staatsverträge.

Aber nicht nur die Junkers-Flugzeugfabrik wurde in Rußland auf Grund von Staatsverträgen von Deutschland und Rußland errichtet. Auf Grund von Staatsverträgen sind auch die übrigen Kriegerfabriken errichtet worden. Die „Prawda“ vom 16. 12. 26 läßt keinen Zweifel darüber. Sie schreibt:

„Es sollen im Gebiete der Sowjetunion, gemäß einer Vereinbarung zwischen den Militärbehörden der Sowjetunion und Deutschlands, einige deutsche Firmen vor einigen

Jahren drei Werke errichtet haben, die Gegenstände herstellen, die für unseren (?) Schutz notwendig sind. Zu diesen Gegenständen sollen Flugzeuge, Giftgase, Geschosse usw. gehören. Wir sind nicht in die Geheimnisse unserer Militärbehörde eingeweiht (??) und wir wissen nicht (??), ob diese Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen oder nicht. Wenn wir annehmen, daß sie keine Lüge sind, so haben sie an sich gar keine Bedeutung.“ (Der unterstrichene Teil ist in der deutschen Uebersetzung des „Prawda“-Artikels ausgelassen. (Siehe Inprekorr. vom 31. 12. 1926.)

Jeder, der weiß, daß die „Prawda“ das Organ des Z. K. der bolschewistischen Partei ist und dazu, daß ihr Chefredakteur Bucharin ein Mitglied des Polbüros des Z. K. ist und noch dazu, daß die bolschewistische Partei oder richtiger gesagt: ihr Polbüro die Diktatur in Rußland ausübt — der weiß, daß für die „Prawda“ nichts aus der Tätigkeit der bolschewistischen Regierung und ihres Kriegskommissariats geheim bleibt. Wenn aber die „Prawda“ versucht, sich hinter der lächerlichen und dummen Lüge — daß sie nicht in die Geheimnisse des Kriegskommissariats eingeweiht ist (wie Tschitscherin hinter seiner angeblichen Uninformiertheit) — zu verschanzen, so ist das ein Beweis, daß sie nicht den Mut hat, die Tatsachen zu leugnen. Diese undankbare Arbeit überläßt Bucharin offensichtlich seinen Knechtseelen aus den Redaktionen Eurer Presse.

Die Tatsache also, daß die „Prawda“ (wie auch Tschitscherin) nicht den Mut besitzt, zu leugnen, daß die deutschen Militärfabriken in Rußland „gemäß einer Vereinbarung der Militärbehörden der Sowjet-Union und Deutschlands“ errichtet worden sind. — Diese Tatsache zeigt zu allem Ueberfluß, daß so wie die Junkersfabrik, so die Granatenfabrik, so auch diese für Giftgase keine privatkapitalistischen Konzessionen sind, sondern eine Verlegung eines Teils der deutschen Kriegsindustrie nach Rußland zur Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie. Das kann nicht geleugnet werden. Denn — nachdem schon bewiesen ist, daß die Kriegsfabriken in Rußland von den deutschen kapitalistischen Firmen errichtet worden sind und nach dem schon bewiesen, daß sie diesen Schritt nicht nur im Interesse ihres Profits getan haben, sondern im Auftrag der deutschen Regierung mit ihren Geldern — gibt es zwei mögliche Erklärungen für die Verlegung der deutschen Kriegsindustrie nach Rußland: entweder hat die deutsche Regierung das um ihre Bewaffnung getan oder aber aus Mitleid mit dem an Kriegsindustrie armen Rußland zu seinem Schutz.

Ihr werdet selbst nicht glauben und auch nicht behaupten

können, daß die deutsche Regierung mit ihren Geldern Kriegsfabriken erbaut, die zur Ausrüstung und Verteidigung Rußlands dienen sollen; und das nicht, weil Rußland ein Land ist, wo angeblich das Proletariat herrscht, sondern weil keine kapitalistische Regierung umsonst ein solches Opfer selbst einem verbündeten Lande bringt. Deshalb müßt ihr zugeben, daß die Behauptung Eurer Presse, voran die „Rote Fahne“, daß Deutschland nichts aus der Produktion seiner Kriegsindustrie in Deutschland erhalten habe, eine dumme Lüge ist. Das angeführte Zitat aus dem „Berliner Tageblatt“ gesteht, daß Deutschland bis zum Locarno-Vertrag Granaten erhalten hat. Im Reichstag hat aber Scheidemann mitgeteilt, ohne vom Reichswehrminister oder der Regierung widerlegt zu werden, daß Deutschland sogar im September und Oktober v. Js. Munition erhalten hat. Er sagt:

„Die Transporte, die mit mehreren Schiffen Ende September und Anfang Oktober vorgekommen sind, kamen aus Leningrad. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompagnie . . . Die Schiffe hießen: G o t e n b u r g, A r t u s h o f und K o l b e r g. Ein viertes Schiff, dessen Namen ich leider vergessen habe, ist untergegangen. Das wird der Herr Reichswehrminister Dr. Geßler auf Ihren Wunsch bestätigen müssen. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompagnie. Sie wurden im Babin-Strom bei Cavelwisch bei Stettin gelöscht. Die Kisten wurden in Kähne gebracht und von diesen dann in das sogenannte „Schwarze Meer“ an der Silberwiese in Stettin geschafft und in Eisenbahnwagen verladen. Die Löscharbeit führte die Firma Hank u. Schmidt aus. Die Arbeitsleute wurden zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Wie uns mitgeteilt wird, soll die kommunistische Hafenzelle von allen diesen Vorgängen genau informiert gewesen sein. Es handelt sich um viele tausende Tonnen sehr gefährlicher Dinge, die eingeführt worden sind und die als Rundeisen bzw. Aluminium deklariert worden waren.“ (Reichstagsprotokoll, 252. Sitzung.)

Dazu konnte Euer Reichstagsabgeordneter Koenen nur folgende „sachliche“ Erwiderung geben:

„ . . . Wir sind inzwischen auch den Dingen nachgegangen, was für andere Munitionstransporte auf der Ostsee herumschwimmen. Wenn wir über diese Munitionstransporte reden wollten, würde wieder das ganze Haus über „Landesverrat“ schreien und es würde dabei für die von der Sozialdemokratie bisher gestützte Geßler-Regierung nichts Günstiges herauskommen.“ („Rote Fahne“ vom 17. 12. 26.)

Dieses Schweigen Eures Vertreters Koenen im Reichstag erinnert an Euer berühmtes Schweigen von 1923 im Interesse der „stillen“ Koalition mit der Cuno-Regierung und im In-

teresse der Verteidigung „des deutschen Vaterlandes“ — wie das Bucharin auf der 15. Parteikonferenz der Bolschewiki wieder zugeben mußte. (Nebenbei gesagt: Die Enthüllungen über die Bewaffnung Deutschlands durch Rußland werfen ein grelles Licht auf die Politik Eurer Partei 1923 und auf die Ursachen der Oktoberniederlage.) Koenen schämte sich auch nicht, sich über die Enthüllungen über die Ausrüstung Deutschlands durch Rußland zu entrüsten, denn das soll „zum Schaden der deutschen Industrie“ sein. (Siehe Reichstagsprotokoll. 252. Sitzung.)

Trotzdem es sonnenklar ist, daß die deutschen Kriegsfabriken in Rußland von der deutschen Bourgeoisie zum Zwecke ihrer Ausrüstung verlegt sind; trotzdem es sonnenklar ist, daß Deutschland Granaten und andere Munition von Rußland erhalten hat — denn keiner wird glauben, daß die deutsche Regierung seit 1923 umsonst hunderte von Millionen für diese Fabriken verwendet hat; trotz alledem wollen wir noch beweisen, daß die Bewaffnung Deutschlands durch Rußland ein „korrekter, selbstverständlicher Vorgang“ ist, nicht nur vom Standpunkt der deutschen Bourgeoisie, wie das der Mitarbeiter der „Roten Fahne“, Graf Reventlow, bezeichnet, sondern auch vom Standpunkt der programmatischen Grundsätze der 3. Internationale und Eurer Partei:

3. Die Ausrüstung Deutschlands durch Rußland ist eine Selbstverständlichkeit nach dem Programm der Komintern und KPD.

Auf dem 4. Kongreß der 3. Internationale am 18. 11. 1922 führte Bucharin in seinem Referat „Das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien“ folgendes aus:

„Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein **militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können**, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen, das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm aufstellen.“

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die **Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.**“

(Protokoll des 4. Kongresses der K. I., 1923, Verlag der K. I., S. 420.)

Eure Führerin Clara Zetkin konkretisierte in ihrer Reichstagsrede zum Locarno-Vertrag die programmatische Erklärung Bucharins in folgender Weise:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion . . . Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels, daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt.“ (Reichstagsprotokoll, 127. Sitzung, S. 4637/8.)

Wenn Ihr im Besitz eines Tropfens Ehre wäret, müßtet Ihr also zugeben, daß vom Standpunkt der Prinzipien der 3. Internationale und Eurer Partei die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch Rußland ein „korrekter und selbstverständlicher Vorgang“ ist; denn für ein erfolgreiches Zusammengehen der Reichswehr und der „Roten“ Armee ist das Vorhandensein von Munition die erste Bedingung. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages kann Deutschland auf seinem Boden nicht das notwendige Quantum Munition produzieren. Es blieb also nichts übrig, als daß Rußland sich einverstanden erklärte, daß auf seinem Boden Deutschland Munition produziert. Und das haben die Bolschewiki und ihre Regierung getan. Trotz der Unbestreitbarkeit dieser Tatsachen leugnet Eure Presse, an der Spitze die „Rote Fahne“, sie. Sie leugnet sie, weil eingestehen bedeutet, den konterrevolutionären Charakter der russischen Außenpolitik zu enthüllen; sie leugnet sie, weil eingestehen bedeutet, den revolutionären Arbeitern zu sagen, daß das heutige Rußland nicht das Rußland von 1917 ist; es ist das Rußland der Nep-Bourgeoisie und der Kulaki, dessen Außenpolitik nicht mehr die Politik der Weltrevolution ist, sondern diese des Paktierens mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Eure Presse leugnet die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch Rußland und verschweigt die theoretische „Rechtfertigung“, die ihr Bucharin und Zetkin geben, weil die revolutionären Arbeiter anderenfalls sehen werden, daß die 3. Internationale und die KPD. ein Instrument in den Händen der nationalen Außenpolitik Rußlands sind, das mittels der revolutionären Phrase der von ihr abhängigen 3. Internationale das Proletariat in die Arme der Bourgeoisie führt zum Burgfrieden mit ihr, wie das die Sozialdemokratie 1914 getan hat.

Wir schreiben Euch diesen offenen Brief, der ein lückenloser Beweis für die Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie durch Rußland ist. Die Veranlassung dazu gibt uns die demagogische Geste, die sich Eure Reichstagsfraktion geleistet hat; sie stellte den Antrag, daß man Scheidemann noch eine Stunde Redezeit gibt, damit er sein konkretes Material und seine Dokumente über die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland vortragen kann. Eure Reichstagsfraktion weiß sehr gut, daß es die SPD. war, die mit Noske an der Spitze die Reichswehr geschaffen hat zum Kampf gegen die revolutionäre Gefahr; sie bewilligten ihr den Etat; sie ist auch durch Ebert und ihre Minister im Kabinett Wirth-Rathenau an der Politik der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland beteiligt. Eure Reichstagsfraktion sah auch die Empörung, die die Rede Scheidemanns sogar im Zentrum und bei den Demokraten auslöste, wofür Hermann Müller alles wieder gutmachen mußte. Unter diesen Umständen wußte Eure Reichstagsfraktion, daß Scheidemann und die SPD. keine neuen Tatsachen und Dokumente — nicht nur weil sie damit ihre eigene Schande bloßdeckte, sondern auch weil sie damit ihren Eintritt in die Regierung unmöglich machen würden — was der Zweck ihrer Krokodilstränen über den von den „Sowjetgranaten“ erschossenen deutschen Proletarier ist. Deshalb war der Antrag Eurer Fraktion demagogische Geste.

Wenn Ihr aber glaubt, daß der Antrag Eurer Fraktion ernst und aufrichtig war, so habt Ihr jetzt die Möglichkeit, das zu beweisen. Wenn die SPD. Euch im Reichstag nicht die Möglichkeit gab, zu beweisen, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland eine Lüge ist, so wollen wir Euch mit unserem offenen Briefe die Möglichkeit geben. Wir verpflichten uns, trotz des beschränkten Raumes unserer Zeitung Eure Antwort vollständig abzudrucken, indem wir Euch nur eine Bedingung stellen: daß Ihr auch gleichfalls unsern Offenen Brief in Eurer Presse abdruckt, damit Eure Leser nicht nur Eure Antwort, sondern auch unsere Beweise lesen können. Raummangel kann kein Grund sein, diesen Offenen Brief in Eurer Presse abzudrucken, denn die „Rote Fahne“ stellte mehr Raum sogar den Faschisten á la Reventlow zur Verfügung. Wenn Ihr Euch mit der Wiedergabe einzelner herausgerissener Sätze begnügt und auf diese Weise an einem von Euch zusammengestellten Brief antwortet, so wird das ein Beweis dafür sein, daß Ihr die Wahrheit fürchtet.

Die revolutionäre Partei

Der heutige Zustand der Arbeiterbewegung: ihre Zerfahrenheit und organisatorische Zerrissenheit scheint den meisten Arbeitern völlig unbegreiflich. Dem Auge des oberflächlichen Beobachters bleiben die tieferen Ursachen dieser Krise verborgen. Die breiten Massen der organisierten Arbeiter glauben ihrem Ziele, der Ueberwindung des Kapitalismus näher zu kommen, ohne den veränderten nationalen und internationalen gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. Nur ein Teil erkennt die veränderten Bedingungen auf dem Schlachtfelde des Klassenkampfes; versucht diese neuen Erkenntnisse zum Gemeingut des Proletariats werden zu lassen, und setzt sich für die Aenderung der Taktik ein und kämpft für eine Taktik, die diesen veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Doch diese neuen Erkenntnisse und Erfahrungen, die in den Köpfen der Proletarier sich zu Gedankenformen und lebendiges Leben werden, drängen zur Tat und finden ihren organisatorischen Niederschlag. Die organisatorischen Abspaltungen, Wiedervereinigungen, erneuten Spaltungen; bei hartnäckiger Vermeidung und erfolgreicher Bekämpfung derselben die Unmöglichkeit der kapitalistischen Krise und deren Auswirkungen zu trotzen, hinterläßt bei vielen Arbeitern Ratlosigkeit, Verzweiflung, zum großen Teil reaktionäre Verböhrtheit und offene Feindschaft gegen den Teil ihrer Klassengenossen, der den Bankerott des Reformismus in der Niedergangsepoche des Kapitalismus erkannt, und aus dieser Klassenerkenntnis die Konsequenzen zog. Die große Masse der gefühlsmäßig eingestellten Arbeiter sehen in diesem revolutionären Vorwärtsschreiten die Ursache ihrer eigenen Ohnmacht. In dem „Parteistreit“ böswillige Zerstörung der „Einheitsfront“, und somit den Grund, oder zumindest einen Grund der Trostlosigkeit ihrer Lage. Daß die Führer der alten Organisationen alles aufbieten, um die durch diese Entwicklung sich anhäufende Wut — das Zeichen der Ohnmacht — auf die vorwärtstreibenden und vorwärtsschreitenden Organisationen und deren Mitglieder zu lenken ist selbstverständlich. Es ist das einzige anwendbare Mittel, um den eigenen Bankerott, den eigenen Verrat zu verschleiern. So stellt die heutige Arbeiterbewegung jenen verschlungenen Knoten dar, jenes Bild, wo die Frage des Sozialismus oder Kommunismus in Arbeiterversammlungen praktisch von der Tagesordnung verdrängt ist, zugunsten des Kampfes gegen die eigenen Klassengenossen. Und es ist ein Körnchen Wahrheit in dem Satz: Wenn nicht rechtzeitig genug heilsame und nüchterne Selbstkritik in bezug auf die Sache selbst an Stelle des bürgerlich-autoritären Führerglaubens und des Jähzorns

tritt, dann gräbt der historisch zum Totengräber des Kapitalismus berufene Riese Proletariat — sein eigen Grab.

Wir wollen ein paar Fragen in den Vordergrund unserer Untersuchung stellen, deren erschöpfende Behandlung wir uns hier ersparen müssen; die aber geeignet sein werden, viele Arbeiter aus dem Bann des Phrasennebels zu reißen, und sie selbst der Belastungsprobe unterwerfen, ob sie aus Schwäche und Feigheit sich selbst und ihren Klassengenossen weiter blauen Dunst vormachen, sich selbst und ihre Klassengenossen weiter betrügen und damit die Sache selbst verraten wollen, oder die Kraft finden, sich selbst Antwort zu geben, um auf der Suche nach revolutionärer Wahrheit den Fangarmen der reformistischen Konterrevolution zu entrinnen.

Zuerst die Arbeiter der KPD.: Eure Partei redet euch in ungezählten Mengen Resolutionen, Thesen, Beschlüssen usw. vor, daß das Proletariat in Rußland die revolutionäre Gewalt ausübt, und die russische Regierung die Verkörperung der proletarischen Diktatur wäre. Habt ihr noch nicht über den Widersinn nachgedacht, daß demnach die siegreiche Arbeiterklasse diktieren würde und weiter als Lohnproletariat vom Kapital ausgebeutet wird? Denn daß in Rußland das Proletariat genau so als Lohnproletariat ausgebeutet wird, wie überall in der Welt, das wißt auch ihr! Ihr müßt ferner wissen, daß, da die ökonomisch herrschende Klasse stets auch die politisch herrschende Klasse ist und eine Kompromißregierung, ganz gleich, wie sie sich nennt, nur das Feigenblatt für die Herrschaft der ökonomisch herrschenden Klasse ist, deren Politik den Interessen der herrschenden Klassen entspricht und daher gegen das Proletariat gerichtet sein muß. Die III. Internationale und ihre Sektionen gehen mit der russischen Regierung — müssen dies tun — durch dick und dünn. Und ihr geht mit! Ihr habt während der letzten 8 Jahre geschlafen und übersehen, daß das russische Proletariat gerade wegen der Gedankenlosigkeit des deutschen, des internationalen Proletariats unterlag. Ihr wundert euch über den Widersinn der Parolen eurer Partei und begreift nicht, daß dies nur das Resultat einer Taktik ist, die das Proletariat an Rußland fesseln soll, um es zum Stützpunkt seiner kapitalistischen Außenpolitik zu machen. Um dies zu erreichen, werdet ihr in dem Wahn erhalten, daß das heutige Rußland das revolutionäre Rußland von 1917 sei, um mit Hilfe eines gezüchteten Revolutionspatriotismus eure Gedankenlosigkeit zu erhalten, um euch mit „linken“ oder „rechten“ oder sonstigen „Führungen“ an Rußland, an die Gewerkschaften, an den parlamentarischen Apparat, an die Weltkonterrevolution zu fesseln und ohnmächtig zu machen, um zu verhüten, daß ihr als Klasse mündig werdet, und euch als ein Teil der internationalen Arbeiterklasse der Weltkonterrevolution entgegenstellt, um zu verhüten, daß ihr euch auf eure Klasseninteressen besinnt.

Die Arbeiter der SPD.: Wir wissen wohl, daß der Teil Proletariat, der noch in der Partei der offenen Konterrevolution ist, dies ist, weil „links“ von ihnen — sie sehen nur bis zu ihrem parlamentarischen Zwillingsbruder linker Hand — eine Partei um sie wirbt, von der sie wissen, daß der Weg

zu ihr nur vom Regen in die Traufe führt; daß der „links“ vertretene widerspruchsvolle, jeden Tag in anderem Parolenkostüm verkleidete Unsinn sie noch in der Partei hält, die wirklich alles getan hat, um keinen Zweifel an ihrer offenen Arbeiterfeindlichkeit zu lassen. Aber die Entwicklung der Jahre im und nach dem Weltkriege, die nach ehernen Gesetzen in der eingeschlagenen Linie fortschreitet, wird vom gesamten Proletariat eine Stellungnahme nicht nur zu ihrem parlamentarischen Zwillingbruder erzwingen, sondern eine Stellungnahme zu seiner Lage als Klasse gegenüber dem alles vernichtenden Weltkapital. Wird beweisen, daß alle Versuche, das Proletariat als Klasse mit den alten Mitteln zu retten, scheitern werden. Dem Weltkapital zu begegnen, dasselbe zu überwinden ist nur möglich durch klare Erkenntnis der tatsächlichen Lage und der aus dieser Erkenntnis geborenen Klarheit über die Methoden und Taktik. Nur diese Klarheit wird verhüten können, daß das Proletariat von dem reformistischen in den pazifistischen Sumpf gerät, und sich zum Gaudium der Bourgeoisie mit der Rolle der verärgerten Kleinbürger begnügt.

Die „Kommunistische Arbeiter-Partei“ ist sich der Schwere ihrer Aufgabe wohl bewußt: Stellt sie sich doch keine geringere Aufgabe, als das Proletariat herauszuheben aus seiner Ohnmacht durch einen völligen Bruch mit den alten Organisationsmethoden und reformistischen Traditionen. Die KAPD. hat den tieferen Sinn des Geschreis über Führerverrat erforscht, und setzt diesem negativen ohnmächtigen Aufbäumen die Tatsache entgegen: Solange das Proletariat als Klasse organisatorisch und ideell verschiedene Klassenschichtungen umfaßt, so lange werden diese den verschiedenen Klassenschichtungen entsprungenen Klasseninteressen gegeneinanderstehen und stets diejenige Tendenz siegen, die der entgegengesetzten geistig überlegen ist. Diese geistig herrschende Schicht ist auch stets die Schicht, die die Organisation beherrscht. In der Epoche des Reformismus, der kapitalistischen Blütezeit, traten diese Gegensätze nicht immer, oder nur theoretisch offen hervor. In der Epoche des kapitalistischen Niederbruchs jedoch, in der Epoche der auf die Spitze getriebenen Klassengegensätze bedeutet die Aufrechterhaltung der organisatorischen Einheit mit der in der Epoche des Reformismus entstandenen Führerkaste die Aufrechterhaltung der Einheit mit einer Klasse (Parlamentarier, Staats-, Gewerkschafts-, Konsumbeamten usw.), deren Interessen auf Tod und Leben mit denen der kapitalistischen Ordnung verbunden sind. Sie werden nicht von dem großen Sterben erfaßt. Ihre Existenz steht erst auf dem Spiele, wenn das vom Chaos bedrohte Proletariat sich anschickt, die kapitalistische Ordnung von Grund auf umzustürzen. Aus dieser Unerbittlichkeit der geschichtlichen Dialektik zog die KAPD. die unvermeidlichen notwendigen Schlüsse und sagt dem Proletariat: Eine Revolutionäre Kampfeinheit hat nur Sinn, wenn diese Einheit eine Einheit von gleichgerichteten Interessen ist. Diese gleichgerichteten Interessen der sich heute in der Krise des Kapitals windenden und hinvegetierenden Arbeiterklasse erfordern gebieterisch den Bruch mit allen Elementen, die durch irgend welche falsche Vorspiegelungen das Proletariat

am kapitalistischen Staat interessieren wollen. Diese Interessen des Lohnproletariats gebieten heute den Kampf gegen den Reformismus, ganz gleich, ob er im alten, oder im „revolutionär“ karierten Kostüm auftritt. Diese Interessen gebieten im positiven Sinne die praktische Inangriffnahme und die Durchführung des Kampfes um die Grundprinzipien des Kommunismus. Das revolutionäre Programm muß der Inhalt der Organisation sein; der Wille zur Realisierung derselben die motorische Kraft. Die Organisation ein Werkzeug in den Händen der Arbeiter selbst, muß auf dem Räteprinzip basieren. Das Räte-system wird den Tüchtigsten, Intelligentesten die wichtigsten Funktionen zuweisen; jeder Wechsel wird die Kräfte der Arbeiterklasse erhalten, da die Streberlaufbahn nach den kapitalistischen Staatsfutterkrippen versperrt ist. So hat die KAPD. den elementaren Satz: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, aus dem Reich der Phrase gerissen, und ihm einen praktischen, den geschichtlich notwendigen realen Inhalt gegeben. Soll der Kommunismus Fleisch und Blut werden, dann müssen es vorerst jene Losungen sein, die die Voraussetzungen dafür bilden. Die KAPD. kämpft für diese Prinzipien, sie hat selbst diesen Weg praktisch beschritten, und präsentiert dem gesamten internationalen Proletariat sein auf Erfahrungen aufgebautes Programm. Sie ist sich dessen bewußt, daß das Proletariat nur auf diesem Wege den Triumph erringen wird. — Möge es bald aus seinen Schlägen lernen!

In Konsequenz ihrer revolutionär marxistischen Grundsätze hat die KAPD. auf ihrem nun über 6 Jahre zurückliegenden Gründungsparteitag die These verfochten: Heraus aus den Gewerkschaften, Sammlung als Klasse in den Betrieben; macht euch fertig, die Produktion zu übernehmen! Sie propagierte und schuf die Betriebsorganisationen als Glieder der AAU. (Allgemeine Arbeiter-Union), und hat in unermüdlicher Läuterung und Selbstkritik die kleinbürgerlichen Reste aus der Union und gemeinsam mit der Union ausgemerzt. Kleinbürgerliche Fanatiker klagten damals erschüttert und hysterisch über „Zersplitterungsversuche“; eine revolutionäre Analyse, die ihnen sagen konnte, daß diese „Zersplitterung“ das naturnotwendige Resultat des Bankrotts des Reformismus selbst ist, und es gelte, vorausschauend das revolutionäre Klassenkampfprogramm in der letzten Phase des Ringens der Klassen zu entwickeln und möglichst zu verwirklichen, war ihnen ein Buch mit sieben Siegeln. Mögen heute bezahlte Politikanten mit allen Mitteln versuchen, dem Drängen nach neuen Ufern einen Riegel vorzuschieben (siehe Krise in der KPD.), es wird und kann auf die Dauer nicht gelingen. Die KAPD. weiß, daß dieser Marsch der Arbeiterklasse auf der revolutionären Heerstraße kein geradliniger ist: das Proletariat wird noch öfter als einmal den unerbittlichen Härten auszuweichen versuchen, sowohl vor, als auch während der Ergreifung der politischen Macht. Die KAPD. zieht aus der — gar nicht neuen — Erkenntnis den Schluß, daß neben der Klassenorganisation, während des Ringens um den letzten Triumph, die Partei als Hirn, als Kompaß, als vorwärtstreibender Motor, als Mäherin und unerbittliche Kritikerin notwendig

ist und sie allen Versuchen, die auf ihre Auflösung hindeuten, zu begegnen wissen wird. Das Proletariat kann nur mit und durch die revolutionäre Partei siegen. Die KAPD. wird sich selbst und damit der Revolution treu bleiben.

Die KAPD. ist sich dessen bewußt, daß die proletarische Revolution Sache des internationalen Proletariats sein muß, soll sie in ihren Anfängen nicht — wie in Rußland — erstickt werden. Das Proletariat in Deutschland jedoch muß wissen, daß der Gedanke der internationalen Klassensolidarität nichts zu tun hat, nichts zu tun haben kann mit nationalen Aufbauversuchen des Kapitalismus: es gibt nur Revolution oder Wiederaufbau, hüben oder drüben, Klassenkampf oder Burgfrieden. Mit dem immer weiteren Anschwellen der Weltkrise, die immer mehr Länder in ihren Strudel zieht, ist die Basis der internationalen Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen das Weltkapital klar vorgezeichnet. Hoch über allem parlamentarischen kleinbürgerlichen nationalistischen und reformistischen Radau muß stehen der Gedanke der wahrhaft internationalen Arbeitersolidarität und das Prinzip und der unerschütterliche Wille, die Fahne der Weltrevolution im eigenen Lande zu hissen, der eigenen Bourgeoisie den Todestoß zu versetzen. Je unerschütterlicher das deutsche Proletariat an seine eigene Befreiung geht, je rücksichtsloser es mit dem Kapital in Deutschland und seinen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Zuhältern aufräumt, desto früher wird die internationale Hilfe einsetzen. Sie kann nur einsetzen, wenn den Proletariern jenseits der Grenzen die revolutionäre Tat der Arbeiter in Deutschland eine Entscheidung ermöglicht. Diese Tat selbst muß das internationale kapitalistische Gebäude derart erschüttern, daß es kein zurück mehr gibt. Das Bewußtsein, daß die Arbeiter nichts mehr zu verlieren haben, muß die Massen ergreifen und ihnen die Kraft geben, ihren Todfeind zu überwinden.

Das Bewußtsein, daß die Revolution der einzige Ausweg ist, daß sie nur unter ihren Losungen möglich ist, hat der KAPD. auch in den tiefsten Niederungen der Konterrevolution die Kraft gegeben, die Fahne hochzuhalten und einer Welt von Feinden zu trotzen. Sie weiß jedoch, sie kann nur siegen, wenn das Proletariat endlich seiner Fahne folgt. Ihr Untergang würde bedeuten, daß die Arbeiterklasse den revolutionären Ausweg nicht finden, und in der Barbarei versinken würde. Möge jeder Arbeiter beizeiten beherzigen: die KAPD. wird entweder mit dem kämpfenden Proletariat siegen, oder mit ihm untergehen.



ist und sie allen Versuchen, die auf ihre Auflösung hindeuten, zu begegnen wissen wird. Das Proletariat kann nur mit und durch die revolutionäre Partei siegen. Die KAPD. wird sich selbst und damit der Revolution treu bleiben.

Die KAPD. ist sich dessen bewußt, daß die proletarische Revolution Sache des internationalen Proletariats sein muß, soll sie in ihren Anfängen nicht — wie in Rußland — erstickt werden. Das Proletariat in Deutschland jedoch muß wissen, daß der Gedanke der internationalen Klassensolidarität nichts zu tun hat, nichts zu tun haben kann mit nationalen Aufbauversuchen des Kapitalismus: es gibt nur Revolution oder Wiederaufbau, hüben oder drüben, Klassenkampf oder Burgfrieden. Mit dem immer weiteren Anschwellen der Weltkrise, die immer mehr Länder in ihren Strudel zieht, ist die Basis der internationalen Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen das Weltkapital klar vorgezeichnet. Hoch über allem parlamentarischen kleinbürgerlichen nationalistischen und reformistischen Radau muß stehen der Gedanke der wahrhaft internationalen Arbeitersolidarität und das Prinzip und der unerschütterliche Wille, die Fahne der Weltrevolution im eigenen Lande zu hissen, der eigenen Bourgeoisie den Todestoß zu versetzen. Je unerschütterlicher das deutsche Proletariat an seine eigene Befreiung geht, je rücksichtsloser es mit dem Kapital in Deutschland und seinen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Zuhältern aufräumt, desto früher wird die internationale Hilfe einsetzen. Sie kann nur einsetzen, wenn den Proletariern jenseits der Grenzen die revolutionäre Tat der Arbeiter in Deutschland eine Entscheidung ermöglicht. Diese Tat selbst muß das internationale kapitalistische Gebäude derart erschüttern, daß es kein zurück mehr gibt. Das Bewußtsein, daß die Arbeiter nichts mehr zu verlieren haben, muß die Massen ergreifen und ihnen die Kraft geben, ihren Todfeind zu überwinden.

Das Bewußtsein, daß die Revolution der einzige Ausweg ist, daß sie nur unter ihren Losungen möglich ist, hat der KAPD. auch in den tiefsten Niederungen der Konterrevolution die Kraft gegeben, die Fahne hochzuhalten und einer Welt von Feinden zu trotzen. Sie weiß jedoch, sie kann nur siegen, wenn das Proletariat endlich seiner Fahne folgt. Ihr Untergang würde bedeuten, daß die Arbeiterklasse den revolutionären Ausweg nicht finden, und in der Barbarei versinken würde. Möge jeder Arbeiter beizeiten beherzigen: die KAPD. wird entweder mit dem kämpfenden Proletariat siegen, oder mit ihm untergehen.

